

Antrag 195/I/2025**KDV Neukölln****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 194/I/2025 (Konsens)****Integration von Geflüchteten fördern**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirksämter,
 2 des Senates und des Abgeordnetenhauses werden aufge-
 3 fordert die Integration von Geflüchteten im Land Berlin
 4 voranzutreiben und dabei folgendes zu tun:

5

6 1. das Landesprogramm "Berlin entwickelt neue Nach-
 7 barschaften" (BenN) soll gesichert werden . Zu prü-
 8 fen ist, inwieweit mindestens zwei neue BenN-
 9 Projektstandorte für die Unterkunft am Flughafen
 10 Tegel und ein neuer Standort für die Unterkunft am
 11 Sangerhauser-Weg entstehen können.

12 2. Für die Aufnahme der Genehmigungsfiktion der
 13 Arbeitserlaubnis von zwei Wochen . Die Anerken-
 14 nungsstellen sind derart auszustatten, dass sie eine
 15 Anerkennung von Berufsabschlüssen innerhalb der
 16 gesetzlichen Fristen sicherstellen können.

17

18 Es soll ein Zugang zu bestehenden Sprach- & Weiterbil-
 19 dungsangeboten geschaffen werden, in welchem sich Ge-
 20 flüchtete selbständig nötige Zusatzqualifikationen aussu-
 21 chen und Kurse leicht, niedrigschwellig und hürdenlos be-
 22 legen können.

23

Begründung

25 In den vergangenen Jahren wurden die Themen Integrati-
 26 on und Migration zunehmend politisch instrumentalisiert
 27 und problematisiert. Auch wir erkennen erhebliche De-
 28 fizite im Bereich der Integration, die dringend adressiert
 29 werden müssen. Neben einer oft unzureichenden finan-
 30 ziellen Ausstattung von Integrationsmaßnahmen, stellt
 31 insbesondere die öffentliche Debatte ein zentrales Pro-
 32 blem dar. Geflüchtete werden unreflektiert und unbelegt
 33 für Probleme und vermeintlich steigende Kriminalitätsra-
 34 ten verantwortlich gemacht und Kanzlerkandidaten ver-
 35 suchen sich darin zu überbieten, wer besser abschieben
 36 kann.

37

38 Dieses einseitige Narrativ trägt dazu bei, ein rassistisches
 39 System zu manifestieren, in dem beispielsweise ukrai-
 40 nische Geflüchtete leichter Zugang zu Arbeitserlaubnis-
 41 sen und Bleibeperspektiven erhalten als andere Gruppen.
 42 Diese Ungleichbehandlung untergräbt den gesellschaftli-
 43 chen Zusammenhalt und fördert Diskriminierung.

44

45 Die Sozialdemokratie steht in der Verantwortung, sich ent-
 46 schieden gegen die restriktiven und oft populistischen An-
 47 sätze von CDU, CSU und AfD zu positionieren. Es gilt, echte
 48 und humane Lösungen in der Migrationspolitik zu entwi-

49 ckeln, die auf Integration, Chancengleichheit und Respekt
50 basieren und ein Gegennarrativ zu entwickeln. Nur durch
51 eine solche Politik können wir langfristig eine gerechte
52 und inklusive Gesellschaft fördern.